Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 23. Sonntag den 28. Januar. 1849.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 31. d. Nachmittags 3 Uhr außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten. Hauptgegenstände der Berathung: 1) die Unterstützung der israelitischen Ortsarmen; — 2) Wahl zweier Deputirten und zweier Stellvertreter beim Kreis-Ersatz-Geschäft; — 3) Reduction des Grundzinses von einem Grundstück auf der Fischerei; — 4) Wahl eines Bezirks-Vorstehers für den 20. Bezirk; — 5) Unterstützungsgesuch; — 6) Genehmigung der Anstellung des Lehrers Fabisch.

In Vertretung des Vorstehers: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 27. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schwertschmidt Joh. Wilh. Stamm zu Dorp das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich Großbritanischen Hofe, Dr. Bunsen, ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Bromberg, den 25. Januar. Unsere Stadt, die so lange wohl zu den ruhigsten der ganzen Monarchie gehört hat, ist Montag Abend durch Streitigkeiten, welche in einem Tanzlokale zwischen den Soldaten und einigen Gesellen ausgebrochen waren, in Unruhe versetzt worden. Die aufgeregten Soldaten zogen aus einem Tanzsaale in den andern und zertrümmerten namentlich an einem Orte sämmtliche Fenster, bis die einschreitenden Patrouillen dem Unwesen steuerten. Gegen 10 Uhr war es wieder ruhig. Tags zuvor war bei einem Streite auf der Straße ein Soldat von einem unbekannten Menschen mit einem Messer, wie es heißt, lebensgefährlich verletzt worden. Dies mag zu der allgemeinen Erbitterung Veranlassung gegeben haben. (Bromb. Wochenbl.)

!R Mieszkow, den 24. Januar. Den Sieg, den die demokratische Partei über die conservative in der hiesigen Gegend erfochten hat, finden wir heute ganz natürlich. Es ist nämlich dieser Tage einem Obersteuercontroleur in einer benachbarten Stadt die Weisung zugegangen, die Conduitenlisten seiner untergebenen Beamten einzusenden. Auf welchem Wege nun die demokratische Partei hiervon Kenntniß erhielt, wissen wir nicht; doch benutzte diese die Gelegenheit, den Juden zu sagen, daß es auch mit ihrer Freiheit nicht so genau genommen werden wird, und für diese Angabe lieferten sie eben den Beleg, daß die schon lange vom Könige aufgehobenen Conduitenlisten doch noch existirten.

Schubin, den 23. Januar. In unserm altstädtischen Wahlbezirke, in welchem die Polnischen Urwähler, gegenüber den Deutschen, in der Minderzahl sind, ist es den Polen dennoch gelungen, alle ihre Wahlmänner durchzubringen, weil ein Theil der Deutschen mit ihnen stimmte. In dem neustädter Wahlbezirke sind 5 Deutsche Wahlmänner gewählt.

† Rogasen, den 25. Januar. Bei den Wahlen am 22. d. M. trugen hier die Polen einen vollständigen Sieg davon und zwar aus dem Grunde, weil die Juden sich auf ihre Seite schlugen. Daß dieses geschah, verdanken wir dem Uebermuth des hiesigen Vereins für König und Vaterland, der den Juden das billige Verlangen abschlug, zwei oder einen ihrer Glaubensgenossen als Wahlmann durchzulassen. Wenn die Juden jetzt, nach ausgesprochener Gleichstellung, noch immer auf eine ausdrückliche, specielle Vertretung hinarbeiten, kann ihnen das Niemand verargen, der da weiß, daß eine junge Freiheit in ihrem zarten Keime leicht ertödtet wird, wenn ihre Wahrung nicht solchen Händen anvertraut ist, von denen man sich einer liebevollen Pflege versehen darf. Man muß auch der den leichtgeweckten Besorgnissen und der Empfindlichkeit einer eben erst aus langem Drucke wiedergenesenden Partei die gebührende Rechnung tragen eine zarte Rücksicht, für die freilich unserm plump auftretenden Vereine der Sinn abgeht. *

⊙ Aus dem Kreise Pleschen, den 25. Januar. Einem Schreiben aus einem Regimentsbüreau zufolge, werden die geeignetsten Vorkehrungen zur Mobilmachung des 5. Armeecorps getroffen.

E Berlin, den 25. Januar. In den konservativen Kreisen Berlins ist man wegen der angeblich zu Gunsten der Demokratie ausgefallenen Wahlen in großer Besorgniß gewesen. Das Verhältniß der konservativ gesinnten Wahlmänner zur Demokratie, welches wie 1 : 2 angegeben wird, dürfte sich indeß wesentlich anders stellen, wenn man unter Demokratie diejenige Parteifärbung versteht, wie sie früher durch den demokratischen Congreß vertreten wurde. In diesem Sinne möchten demokratische Wahlen nur äußerst selten vorgekommen sein. Unter demokratischen Wahlen im neuern Sinne würden wir demnach nur solche zu verstehen haben, die antiministeriell ausgefallen sind. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir, an den bestimmteren Bezeichnungen des parlamentarischen Brauches uns haltend, das Ergebniß der Berliner Wahl so betrachten, daß $\frac{2}{6}$ zur Rechten, $\frac{3}{6}$ zum Centrum und nur $\frac{1}{6}$ zur Linken zu rechnen sind. Aus eigener Erfahrung können wir hinzufügen, daß sich in mehreren Bezirken unter dem Namen einer demokratischen Partei von der Partei der sogenannten Reaktionairen auch diejenigen trennten, welche fern von einem Proteste gegen die Verfassung, dieselbe als den Rechtsboden für künftige Reformen anerkannten und von den Gegnern nur in Hinsicht auf das ihrer Meinung nach nöthige Maaß der Erweiterung unserer Freiheiten abweichen. Für das Gedeihen unseres Vaterlandes hoffen wir auch nach diesem Ergebnisse noch das Beste und sicherlich ist die Freude der Radikalen über einen angeblich erfochtenen Sieg eine vergebliche gewesen. — Da die Listen der Urwähler für die erste Kammer bereits in den Händen der Bezirksvorsteher sind, so nehmen auch die Vorversammlungen und Besprechungen für diese Wahlen ihren Anfang.

*) In ganz ähnlicher Weise wird uns aus zuverlässiger Quelle über den Ausfall der Wahlen in Kobylin berichtet. Auch hier sahen die von ihren Deutschen Mitbürgern zurückgestoßenen Juden sich genöthigt mit den Polen gemeinschaftliche Sache zu machen. Diesen wurde dadurch der Sieg zu Theil. Anm. d. Red.

R Berlin, den 25. Januar. Die Wahlmänner des 22. Januar treten nicht wie im vorigen Mai zu allgemeinen Wahlmännerberathungen zusammen, sondern halten schon seit gestern in den vier größeren Wahlkreisen, in die Berlin für die zweite Kammer getheilt ist, besondere Parteiversammlungen. Die liberale Partei ist in allen vier Kreisen in überwiegender Majorität, in einigen in dem Verhältniß von zwei Drittel, in andern sogar von sieben Achtel. Candidatenreden werden hier weniger gehalten werden, da man allgemein den Wunsch aussprechen hört, in erster Linie nur die hervorragenden Größen der aufgelösten Nationalversammlung wieder zu wählen. Erst wenn, wie das sehr wahrscheinlich, hierdurch Doppelwahlen eintreten, würde die eigentliche Wahl Berlins gethätigt werden. Solche Doppelwahlen wünscht man sogar möglichst vielfältig und in den verschiedensten Gegenden Preußens durchzusetzen, um dadurch einzelnen Persönlichkeiten eine Art Ehrenerklärung zu geben.

Bei den Wahlen des 22. sind manche interessante Einzelnheiten vorgekommen. In dem Universitätsbezirk ist die Stärke der Parteien ziemlich gleich. Die beiden Lichtensteine, Vater und Sohn, haben einen bedeutenden Anhang, der Vater, der berühmte Reisende und Geheimerath, unter der conservativen, der Sohn, Assessor, unter der liberalen Partei. In den Vorversammlungen wurde zuerst der Vater zum Präsidenten erwählt, danach der Sohn. Bei der wirklichen Wahl traten beide als Candidaten der Parteien einander gegenüber, jeder von ihnen erhält in ein und derselben Wahlhandlung 106 Stimmen, so daß erst durch engere Wahl die Entscheidung gegeben werden konnte. Gewählt wurden übrigens beide.

R Berlin, den 25. Januar. In dem Postgebäude hat man von Neuem eine nicht neue Erfahrung gemacht, die zur Warnung verdient weiter verbreitet zu werden. Das aus vier Zimmern bestehende Coursbüreau ist vor längerer Zeit mit schöner grüner Wandfarbe gestrichen. Die Beamten des Büreaus kränkelten seit dem beständig und zeigten alle eine krankhafte blasse Gesichtsfarbe. Es fiel dies dem Geheimen Postrath Friedrich auf, er argwohnte den Grund und ließ die grüne Wandfarbe chemisch untersuchen, wobei sich ergab, daß die Farbe mit einer so außerordentlichen Masse Arsenik versetzt worden, daß auf diese vier Zimmer neun Pfund kommen. Es wurden sogleich Untersuchungen angestellt, wer die Farbe geliefert, und ist die Sache jetzt dem Staatsanwalt übergeben zur Bestrafung des strafbaren Leichtsinns, mit welchem bei dem Anfertigen der Farbe verfahren worden.

— Gestern wurde von der Königl. Akademie der Wissenschaften der Jahrestag ihres Stifters, Friedrich II., feierlich begangen. Herr Professor Borkh verlas eine Rede zu Ehren des großen Königs, in welcher er denselben gegen seine Angreifer zu vertheidigen suchte, und zwar indem er näher auf drei Punkte einging, welche man dem Könige zum Vorwurfe gemacht hat; nämlich, daß er nicht religiös, daß er dem Franzosenthum ergeben, und daß er ein absoluter Herrscher gewesen sei. Auf den dritten Punkt war die meiste Sorgsamkeit verwendet, und es konnte fast als eine Anspielung auf uns sehr nahe liegende Ereignisse betrachtet werden, wenn der Herr Redner die Nothwendigkeit von Diktaturen in gewissen Fällen bewies. Nach Beendigung dieser Rede bemerkte Herr Borkh noch, daß die Akademie mehrfach deshalb getadelt worden sei, weil sie ihre Sitzungen nicht öffentlich halte — daß dieser Vorwurf aber unbegründet sei, da zu den Generalsitzungen wohl Jeder den Eintritt erlangen könne, bei den Klassensitzungen dies aber gar nicht verlangt werden könne. Zum Schluß trug Herr Prof. Dove eine längere Abhandlung vor.

— Es ist kaum glaublich, schreibt der Publicist, wie groß die Menge der Personen ist, welche sich gegenwärtig in Beziehung auf die Vorgänge der letzten Monate wegen politischer Vergehen in Untersuchung befinden. So befinden sich unter Andern fast sämmtliche männliche Einwohner der Stadt Dame bei Jüterbogk in Untersuchung, weil dieselben bald nach den Märzereignissen ihren Bürgermeister eigenmächtig abgesetzt haben sollen (dieser Bürgermeister ist zwar später ebenfalls zur Untersuchung gezogen und vom Amte suspendirt worden, weil sich die gegen ihn erhobenen Beschwerden als gegründet erwiesen haben sollen), und durch das vor einigen Tagen publicirte Erkenntniß des Kammergerichts sind 108 Bürger von Dahme, darunter selbst mehrere Rathsherren und Stadtverordnete, zu Freiheitsstrafen von 18 bis 2 Monaten verurtheilt worden. Auch ein Theil der Bürgerschaft zu Cremmen befindet sich wegen eines ähnlichen, noch aus den Märztagen stammenden Verfahrens gegen den dortigen Bürgermeister in Untersuchung. Ferner sind sämmliche männliche Einwohner von vier in der Nähe von Wriezen belegenen Dorfschaften, auf einige Hundert an der Zahl, von dem betreffenden Ortsgerichte zu Zuchthausstrafe, welche bis zu acht Jahren aufsteigen soll, verurtheilt worden, weil sich dieselben in den Märztagen gegen die Gutsherrschaft aufgelehnt haben.

— Die Zahl der Urwähler zur ersten Kammer soll, nach den bisher eingegangenen Meldungen nicht mehr als 13,000 betragen. Die Meisten scheuen, aus Besorgniß vor einer etwaigen Einkommensteuer, die Angaben eines jährlichen Einkommens von 500 Thlr. Zieht man in Betracht, daß die Besitzer der 9000 Häuser, welche Berlin hat, sich unter jenen 13,000 zum größten Theil befinden müssen, so erscheint die geringe Anzahl der Angemeldeten noch überaus auffällig.

— Ueber die vielbesprochenen Zustände in Anhalt-Dessau haben wir aus den zuverläßigsten Quellen gründliche Berichte und diese stimmen sämmtlich dahin überein, daß die in einzelnen Zeitungen gegebenen Nachrichten über die dort angeblich herrschende Anarchie, Unzufriedenheit und Insubordination des Militairs ganz und gar Erdichtungen sind. Das Ministerium und insbesondere der dirigirende Minister Habicht besitzt das Vertrauen des Landes im vollsten Maße, und die durch die Verdächtigungen im Auslande aufgeregte Bevölkerung giebt in unzähligen Addressen Beweise ihres Vertrauens und ihrer Anhänglichkeit an das jetzige Ministerium, und zwar um so eifriger, als man auf diese Weise Habicht, dessen Eintritt in größere Verhältnisse immer wahrscheinlicher wird, dort zu fesseln hofft.

— Ueber Pommern berichtet die Ostsee-Zeitung: In Cöslin hat die Demokratie den Sieg erfochten. Von den 54 Wahlmännern gehören 32 der demokratischen Partei an. In Wollin sind die Wahlen entschieden im liberalen Sinne ausgefallen. Unter 17 Wahlmännern befinden sich 15, die von dem liberalen Comitee als Candidaten aufgestellt waren. Aus der Umgegend sind bis jetzt 10 Wahlen bekannt geworden, von denen nur eine auf einen sehr conservativen Herrn gefallen ist. In Swinemünde sind dagegen die Wahlen durchaus conservativ ausgefallen; der demokratischen Partei gelang es nicht, einen einzigen Kandidaten ihrer Farbe durchzubringen. In Stepenitz ist das Resultat der Wahl für die Demokratie ein durchaus günstiges.

Aus der Provinz Schlesien bringt nur ein einziges Blatt, die „Oder-Zeitung“, eine Uebersicht der Resultate der Wahlen. Wir theilen sie mit, und behalten uns vor, etwanige Berichtigungen aus andern Blättern nachzutragen: In Münsterberg hat die Demokratie $\frac{5}{6}$ der Stimmen; in Oels ergaben sich 30 demokratische und 6 constitutionelle Wahlmänner. Die auftretenden Candidaten mußten versprechen, den Rector Mätze in Bernstadt als Deputirten zu wählen. Auch im Kreise Oels hat die Demokratie gesiegt. In Frankenstein sind sämmtliche 24 Wahlmänner, welche der demokratische Verein aufgestellt hat, gewählt worden; auch hier ist zu bemerken, daß die Wiederwahl der früheren Deputirten Ebel und Pape als gesichert anzusehen ist; in Waldenburg hat die Demokratie vollständig gesiegt. Sämmtliche Wahlen sind in ihrem Sinne ausgefallen. Das Gleiche gilt von Altwasser. Ohlau wählte 19 Demokraten, 2 Constitutionelle; ebenso sind in Ober-Glogau die Wahlen in allen vier Wahlbezirken sehr günstig ausgefallen. Landshut wählte 12 Demokraten, 4 Constitutionelle; Hirschberg 15 Demokraten, 5 Constitutionelle, ebenso hat die Demokratie in dem Landkreis von Hirschberg vollständig gesiegt, außer in Warmbrunn, wo 3 Demokraten und 7 Constitutionelle gewählt wurden. In Oppeln ist die Demokratie in allen 4 Wahlbezirken unterlegen, und hat nicht einen Candidaten durchgebracht. Dessen ungeachtet sind die dortigen Wahlen nicht als „constitutionelle“ zu bezeichnen, sondern vielmehr als klerikale und die monarchisch-constitutionelle Partei wird der katholisch-constitutionellen die Siegesbeute lassen müssen. Einen gleich günstigen Erfolg, wie in der Stadt Brieg, hat die demokratische Partei in dem Landkreise errungen. In Trebnitz ist der Sieg bei der Wahl des Deputirten ebenfalls fast unzweifelhaft, es sind unter 16 Wahlmännern 8 entschiedene Demokraten, 3 Constitutionelle, 5 gehören dem katholischen Verein an, von dem es als unzweifelhaft angenommen wird, daß er mit der demokratischen Partei stimmen werde. Eben so demokratisch haben die Dörfer um Trebnitz gewählt. In Prausnitz sind von den gewählten 8 Wahlmännern 6 entschieden demokratisch. In Militsch und dem angrenzenden Polnischhof gehören sämmtliche 11 Wahlmänner einem demokratischen Verein an. Im Umkreise von Breslau hat die Demokratie nach den eingegangenen Nachrichten in Pöppelwitz, Oswitz, Lilienthal, Rosenthal, Lissa, Scheitnig gesiegt. In Ratibor ist die Mehrheit derjenigen Wahlmänner gewählt worden, die sich zur Wahl v. Kirchmann's verpflichtet haben, so daß dessen Wahl fest steht. In dem combinirten Coseler und Ratiborer Landkreise ist nach dem Ausfall der Wahlmännerliste die Wahl Heinrich Simon's unzweifelhaft. Auch in Liegnitz hat die Demokratie gesiegt und sind 45 Demokraten gegen 11 Conservative gewählt worden.

In Königsberg sind die Wahlen überwiegend im liberalen Sinne ausgefallen, in Tilsit ebenfalls, in Elbing ultraconservativ.

In Schönebeck gehören sämmtliche 32 Wahlmänner der liberalen Partei an. Der Bürgermeister Schneider ist unter den 8 Wahlmännern seines Wahlbezirks zuerst mit einer bedeutenden Majorität

gewählt worden. — In Calbe gehören von 30 Wahlmännern 29 der demokratischen Partei an. — In Halberstadt sind in sämmtlichen Bezirken 68 Wahlmänner gewählt, die sich zu den Grundsätzen des Berliner „Comitee für volksthümliche Wahlen" bekennen.

Aus der Rheinprovinz benutzen wir die Nachrichten der „Köln. Zeitung." Darnach haben in Köln die Candidaten der vereinigten Linken unzweifelhaft den Sieg über die Candidaten der Constitutionellen davongetragen, welches Resultat der Theilnahmlosigkeit des mittlern Bürgerstandes zugeschrieben wird. Annecke, Beckhausen, Becker, Esser, Schneider II., welche sämmtlich von der Justiz verfolgt werden, sind gewählt. Ebenso Raveaux. — In Bonn sind fast nur Candidaten der radicalen Partei gewählt. Dasselbe Resultat sollen die Wahlen in den umliegenden Ortschaften ergeben. — In Coblenz hat nach der „Rhein- und Mos.-Zeitung" die demokratische Partei ebenfalls gesiegt. — Die „N. Rhein. Zeitung" sagt, der Sieg der Demokratie in der Rheinprovinz sei vollständig: in Neuß, Düsseldorf, Kaiserswerth, Gerresheim, Hamm bei Düsseldorf, Mülheim a. Rh, Siegburg, Bonn, Andernach, Coblenz u. s. w. habe die demokratische Partei ihre Candidaten mit großer Majorität durchgebracht.

— Die kürzlich zu 14tägiger Gefängnißstrafe verurtheilten Schriftsetzergehilfen haben Appellation eingelegt; desgleichen der Staatsanwalt wegen der Geringfügigkeit des Strafmaßes.

— Dowiat wird in Kurzem nach dem Fort Weichselmünde bei Danzig abgeführt werden, um dort seine Festungsstrafe abzubüßen.

— Im Thiergarten, unweit des Brandenburger Thors, wurde vorgestern früh der abgeschnittene Kopf eines etwa 1 bis 2 Jahre alten Kindes mit Eingeweiden, die zerstreut umherlagen, aufgefunden. — Gestern früh, als der Eisenbahnzug von Wittenberg abging, wurde ein Postbote, der auf den Schienen stand, von der Locomotive ergriffen, zu Boden geworfen und ihm ein Bein zerschmettert.

Breslau, den 21. Januar. Vor einigen Tagen wurde auf der Chaussee zwischen Aamsfeld und Thaum ein ungemein frecher Straßenraub verübt. Sechs Männer überfielen Abends gegen 10 Uhr einen Wagen, in dem der Fuhrmann und seine Frau saßen, und nahmen denselben, unter der Androhung, sie zu erschießen, wenn sie Widerstand leisteten, alles Geld und die auf dem Wagen befindliche Waare weg. — Gestern Abend gelang es hier einen Verfertiger falscher Kassenanweisungen zu entdecken und festzunehmen.

Stettin, den 24. Januar. Wir geben einige uns zugegangene Wahl-Resultate: Greiffenhagen, Stadt, demokratisch Bahn 6 demokratisch, 3 conservativ. Pyritz 17 conservativ, 2 schwankend, 1 demokratisch. Pasewalk demokratisch. Anclam 17 demokratisch, 18 conservativ. Greifswald 47 demokratisch, 3 conservativ.

Stralsund, den 23. Januar. Die Linke hat gestern unter 72 Wahlmännern 15 mehr durchgebracht als die Rechte, was schon nicht möglich gewesen wäre, wenn die konservativen Bezirke von ihrem großen Ueberflusse andern Bezirken, wo eine Differenz von sehr wenigen Stimmen den Ausschlag gab, hätten mittheilen können. Dies unglückliche Resultat, welches noch vor acht Tagen für unmöglich gehalten werden durfte, ist theils den alle Grenzen verständiger Berechnung übersteigenden Agitationen, theils den Fehlern auf der andern Seite, hauptsächlich aber ganz besonderen lokalen Verhältnissen zuzuschreiben, welche die Demagogen in den letzten Tagen vor der Wahl mit anerkennenswerther Geschicklichkeit benutzt haben.

In den kleineren Städten Barth und Richtenberg sollen die Wahlen noch schlechter, auf dem Lande aber zum Theil über Erwarten gut ausgefallen sein; die bis jetzt eingegangenen speciellen Nachrichten gestatten noch keinen Ueberblick.

Swinemünde, den 23. Januar. Die gestern hier abgehaltenen Wahlen sind ganz im conservativen Sinne ausgefallen.

Von 17 hier zu wählenden Wahlmännern hat die sogenannte demokratische Partei auch nicht Einen der von ihnen aufgestellten Kandidaten durchgebracht.

Ganz dasselbe Verhältniß hat in den Ortschaften Westswine, Corswandt und mehreren andern in unserer Nähe stattgefunden.

Magdeburg, den 22. Januar. Der Bürgermeister Schneider von Schönebeck, bei der aufgelösten Nationalversammlung Abgeordneter für Kalbe, ist in Aken, einer Stadt dieses Kreises, wo er öffentlich auftrat, sehr mißhandelt worden.

Eisenach, den 20. Jannar. Gestern Abend fand hier ein Auflauf von Eisenbahnarbeitern statt, der jedoch von dem Militair unterdrückt wurde.

Düsseldorf, den 20. Januar. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Der durch die Bekanntmachung vom 22. November v. J. über die Sammtgemeinde Düsseldorf verhängte Belagerungszustand wird hierdurch von heut ab aufgehoben.

Düsseldorf, den 20. Januar.

Der General-Lieutenant und Commandeur der 14. Div., von Drigalski. — Der Regierungs-Präsident von Moeller.

Trier, den 21. Januar. Vor einigen Tagen stand ein des Jagdfrevels beschuldigter Mann vor den Schranken des Zuchtpolizeigerichts. Nachdem Herr Messerich, der frühere Abgeordnete ür Berlin, in der Vertheidigung auseinandergesetzt hatte, daß von der Bestrafung eines Jagdfrevels keine Rede mehr sein könne, da die früheren Strafgesetze aufgehoben seien, trat das öffentliche Ministerium dieser Ansicht bei, und trug auf Freisprechung an. Das Gericht erließ auch sofort ein freisprechendes Urtheil, welches sich auf die Paragraphen des neuen Jagdgesetzes stützt.

Schleswig, den 23. Januar. Unter diesem Datum berichtet die „H. B.-H." von einem Einfall Dänischer Freischaaren von Riren und Jütland aus in das Schleswigsche Gebiet. Bei Bröns ist es zu einem förmlichen Gefecht zwischen denselben und einer Abtheilung unsrer Truppen, welche der Rittmeister Rumohr am Westeramte Hadersleben kommandirt, gekommen. Der genannte Offizier war nämlich benachrichtigt worden, daß ein 5 — 600 Mann starker Haufen von Dänen bis Reisbyn vorgedrungen sei. Er zog demselben mit einer Schwadron Kavallerie und einer Abtheilung Jäger entgegen und traf bei Bröns mit ihm zusammen. Während er durch gütliches Zureden die Anführer zum Niederlegen der Waffen bewegen wollte, fiel von deren Seite ein Schuß, durch den ein Schleswigscher Dragoner getödtet wurde. Nun wurde sofort zum Angriff kommandirt und die Dänen gänzlich geschlagen, mit einem Verlust von 3 Todten und 26 theils schwer, theils leicht Verwundeten.

Schleswig, den 17. Januar. Heute ist eine obergerichtliche Commission von hier ins nördliche Schleswig abgegangen, welche schon vor längerer Zeit angeordnet worden, um das Benehmen einiger Beamten dortiger Gegend in einer frühern Zeit zu untersuchen.

— Aus Tondern vom 16. Januar wird gemeldet: Wie verlautet, sollen in Folge Anordnung des Reichsministeriums die Häfen an der Ost- und Westküste unsers Landes und demnach auch die uns zunächst liegenden bei Föhr, Sylt und Hoyer einer Besichtigung unterworfen und demnächst darüber Bericht erstattet werden.

— In Rendsburg ist am 18. Januar das gegen Herrn Baurmeister in der Militairangelegenheit gefällte Urtheil publizirt und lautet auf 40 Tage Gefängniß, angeblich, „weil er seine Stellung im bürgerlichen Leben zu einem ungebührlichen Einfluß auf das Militair benutzt haben soll."

Hannover, den 21. Januar. Heute fand eine imposante Feier auf Veranlassung der Grundrechte statt. An dem Zuge nach dem Markte, wo die Grundrechte verlesen wurden, nahmen über 3000 Menschen Theil. Nur die Musik war dabei wenig glänzend, da der König nicht erlaubt hatte, daß die Musikchöre des hiesigen Militairs den Zug begleiteten, da man glaubte, daß die Feier eine Demonstration gegen die Regierung sein sollte. Auch die Garnison war während der Feier in den Kasernen consignirt.

Braunschweig, den 19. Januar. Am heutigen Tage ist hier ein neues Wechselprozeßgesetz publizirt, aus dessen Eingange sich ergiebt, von welchem Standpunkte unsere Regierung die Geltung der Reichsgesetze ansieht. Es lautet folgendermaßen: „Nachdem durch das Reichsgesetz vom 26. November 1848, betreffend die Einführung einer allgemeinen Deutschen Wechselordnung für Deutschland, bestimmt ist, daß die mit diesem Gesetze publizirte allgemeine Deutsche Wechselordnung vom 1. Mai 1849 an in dem Deutschen Reiche in Gesetzeskraft treten solle, so erlassen Wir zur Ausführung dieser reichsgesetzlichen Bestimmungen, mit Zustimmung des Ausschusses der Versammlung der Abgeordneten des Landes, die nachfolgenden Vorschriften." Das Wechselprozeßgesetz tritt ebenfalls am 1. Mai d. J. in Kraft. (N. Z.)

Oldenburg, den 17. Januar. Die Aufhebung der Titel durch §. 7. der Deutschen Grundrechte wird in unserm Lande eine große Umwälzung hervorbringen. Wir haben hier acht Rangklassen, alle auf chinesische Weise nach Knöpfen unterschieden. Von diesen führen die 5 obersten (vom Rathe in einem Kollegium an) sämmtlich Titel, die nicht zur Bezeichnung des Amtes dienen. Die Stufenfolge ist Hofrath, Geheimer Hofrath, Staatsrath, Geheimer Staatsrath, Geheimerrath. Alle diesen schönen Titelzöpfe sollen nun auf dem Altare des Vaterlandes am 17. Jan. fallen! (Z. f. N.)

Frankfurt a. M., den 23. Januar. 157. Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender: Präsident Simson. (Fortsetzung der gestern vertagten Berathung über den Entwurf vom „Reichs-Oberhaupt.") Edel aus Würzburg erklärt vom Baierisch-partikularistischen Standpunkt aus, die Verleihung der erblichen Kaiserwürde an Preußen wäre der Untergang der übrigen Einzelstaaten. In einem großen Theile Süddeutschlands würde dies Kaiserthum nur durch den Belagerungszustand aufrecht zu erhalten sein. Grumbrecht aus Hannover, der früher meist oder fast immer mit der Linken gestimmt hat, erklärt sich bei der vorliegenden Frage entschieden für ein erbliches Oberhaupt. Darauf Schluß der Debatte und Abstimmung.

Es kommt zuerst zur Abstimmung durch Namens-Aufruf das Minderheits-Erachten des Verfassungs-Ausschusses: „Diese (des Oberhauptes) Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt." Die Versammlung beobachtet ein tiefes Stillschweigen während der Abstimmung, nur hier und da unterbrochen von einer Aeußerung des Staunens. Von 263 gegen 211 Stimmen wird die Erblichkeit verworfen. Zehn Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Unter den acht zu Protokoll gegebenen Erklärungen sprechen sich mehrere dahin aus, daß ihre Unterzeichner gegen die Erblichkeit nur gestimmt haben, weil das Verhältniß zu Oesterreich noch nicht aufgeklärt sei. Andere behalten sich eine veränderte Abstimmung für die zweite Lesung der Verfassung je nach den Umständen ausdrücklich vor. Das Minderheits-Erachten II., welches hierauf zur Abstimmung gelangt, lautet: „Die Wahl des Kaisers geschieht auf Lebenszeit." Wird mit 413 gegen 39 Stimmen verworfen. Ebenso wird verworfen mit 442 gegen 14 Stimmen das Minderheits-Erachten III.: „Dieselbe (die Würde des Oberhauptes) wird jedesmal auf zwölf Jahre einem der Regenten von Preußen, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover und Würtemberg übertragen." Das Minderheits-Erachten IV.: „Das Reichs Oberhaupt wird auf sechs Jahre gewählt" — wird verworfen mit 264 gegen 196 Stimmen. Dann kommt der Verbesserungs Vorschlag Neigebauer's zur Abstimmung: „Die Wahl des Reichs-Oberhauptes geschieht auf drei Jahre und wird das erstemal durch die konstituirende Nationalversammlung und später in gemeinschaftlicher Sitzung des Volkshauses und des Staatenhauses vorgenommen. Absolute Stimmenmehrheit ist erforderlich." Verworfen mit 305 gegen 120 Stimmen. Der Abgeordnete Schulz von Darmstadt zieht seinen auf ein einjähriges Oberhaupt lautenden Antrag zurück, desgleichen Höfken. Schoder verlangt danach, da kein Antrag die Mehrheit erlangt hat, daß die Bestimmungen über die Dauer der Oberhauptswürde an den Verfassungs-Ausschuß zurückgegeben und einer zweiten Bearbeitung unterworfen werden möchten. Dies sowohl, als der Antrag auf Niedersetzung eines neuen Ausschusses für die Oberhauptsfrage, wird abgelehnt und dagegen beschlossen, in der Berathung über den vorliegenden Verfassungs-Entwurf nächsten Donnerstag, den 25. Januar, fortzufahren.

Frankfurt a. M., 23. Jan. (O. P. A. Z.) Das Reichs-Ministerium hat an den Bevollmächtigten für Braunschweig, Herrn Dr. Liebe, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 19ten d. M. hat der Reichsverweser Kenntniß davon genommen, daß Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig schon seit dem Beginne der Verhandlungen über die Umgestaltung des Deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß zur würdevollen Vertretung Deutschlands nach außen, wie zur Herstellung einer kräftigen inneren Einheit, ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichs-Regierung treten müsse. In diesem Ausspruche erkennt der Reichsverweser einen neuen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit Deutscher Fürsten, zu dem Gelingen des seiner Obhut anvertrauten großen Einigungswerkes beizutragen In den Dank, welchen der Unterzeichnete Sr. Hoheit dafür darzubringen beauftragt ist, wird das ganze Deutsche Volk einstimmen. Denn mit jeder neuen Kundgebung echt fürstlicher Gesinnung schwindet der quälende Zweifel, als könnten die Leiden und Anstrengungen der Nation abermals vergeblich gewesen sein, und eröffnet sich eine nahe Zukunft, welche Fürsten wie Völker sicherlich bald die Zeit der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Braunschweig, diese Erwiederung zur Kenntniß des Herzogs zu bringen. Frankfurt, den 20. Jan. 1849. (gez.) Gagern."

Frankfurt a. M., den 23. Januar. In der heutigen Sitzung wurde über die Oberhauptsfrage abgestimmt. Die erste Abstimmung mit Namensaufruf erfolgte demnach über das Minoritätserachten I. („diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannsstamme nach dem Rechte der Erstgeburt"); es wurde von 263 gegen 211 abgelehnt. 10 Mitglieder (darunter Waitz und Zachariae von Göttingen) hatten sich der Abstimmung enthalten; 9 motivirten ihr Votum oder ihren Verzicht schriftlich zu Protokoll. — Man wandte sich zum Minoritäts-Erachten II. („die Wahl des Kaisers geschieht auf Lebenszeit"); 413 Stimmen gegen 39 verwarfen dasselbe. Das Minoritäts-Erachten III. („dieselbe wird jedesmal auf zwölf Jahre einem der Regenten von Preußen, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover und Württemberg übertragen") fiel mit 442 gegen 14 Stimmen, ebenso das Minoritäts-Erachten IV. („das Reichsoberhaupt wird auf sechs Jahre gewählt") mit 264 gegen 196 Stimmen. Endlich wurde das Amendement von Neugebauer („die Wahl des Reichs Oberhauptes geschieht auf drei Jahre und wird das erste Mal durch die konstituirende Reichs-Versammlung, und später in gemeinschaftlicher Sitzung des Volkshauses und des Staatenhauses vorgenommen. Absolute Stimmenmehrheit ist erforderlich") mit 305 gegen 120 Stimmen verworfen. Alle übrigen stehen gebliebene Verbesserungs-Anträge wurden zurückgenommen, weshalb der Präsident den Gegenstand glaubte für jetzt als erledigt ansehen zu können.

— Die Ober-Postamts-Zeitung schreibt: Man verbreitet geflissentlich, daß die Nachrichten, welche Camphausen von Berlin mitgebracht, ungünstig lauten; aber wir können das Gegentheil mit Bestimmtheit versichern. Das Deutsche Volk hat auf einen zustimmenden Entschluß des Preußischen Königs zu rechnen, wenn sein Parlament, nach dem Vorgange der meisten seiner Fürsten, demselben die Kaiserkrone antragen wird. Wir hören sogar von der Absicht einer darauf bezüglichen Erklärung des Berliner Kabinets an das Reichs-Ministerium, und wenn unter diesen Umständen das Aussprechen der Erblichkeit der Oberhaupts-Würde ein neues Motiv erhält, so wird es zugleich zur unerläßlichen Pflicht. Denn es liegt auf der Hand, daß die Erblichkeit allein diejenigen Garantien bietet, unter denen Preußen das Opfer seiner Selbstständigkeit bringen, unter denen Deutschland dies Opfer fordern darf und die Früchte desselben genießen kann.

— Wie man vernimmt, steht der Kommodore Parker, kaum erst über Berlin hier eingetroffen, im Begriffe, nach Nordamerika wieder abzureisen, doch nicht auf direktem Wege. Der Kommodore wird aber alsogleich nach der Wahl des neuen Präsidenten in Washington mit den Deutschen Dampffregatten unter Segel gehen und hoffentlich zeitig genug an der norddeutschen Küste erscheinen. In der Marine-Abtheilung des Handelsministeriums herrscht unausgesetzt besondere Thätigkeit und man überläßt sich der Hoffnung, daß diese bis zum nächsten Frühjahre sehr fruchtbringend sein werde. (D. Z.)

Dresden, den 23. Januar. Die erste Kammer nahm in der heutigen Sitzung den bekannten Schaffrath'schen Antrag fast einstimmig an.

Leipzig, den 24. Januar. Das hiesige Tageblatt veröffentlicht die folgende Adresse, welche mit der Unterschrift der HH. Georg Wigand, Prof. Haupt, S. Hirzel und 22 Genossen, darunter die Professoren Wachsmuth und Albrecht, versehen, an den Staatsminister Dr. v. d. Pforten abgegangen ist: Herr Minister! Sie haben in der verhängnißvollen Sitzung der II. Kammer vom 20. Januar, welche zur Schande Sachsens, die endlich herrannahende Erfüllung der Hoffnungen der Deutschen Nation im Keime zu ersticken bemüht ist, es ausgesprochen, daß die Feinde Deutschlands über diese Sitzung frohlocken werden, denn sie haben Verbündete und Genossen in der Mehrzahl der Sächsischen Abgeordneten gefunden. Wir vertrauen diesem Worte, hochgeehrter Herr, wir vertrauen darauf, daß Sie selbst es aussprechen, wohin dieser Weg führt. Sie kennen die Genossen, mit denen gemeinschaftlich Sie ihn würden wandeln müssen. Ist auch der souveraine Unverstand für den Augenblick zur Herrschaft gelangt, so sind doch seine Tage gezählt; die bethörte Mehrheit im Volke wird die Augen öffnen und endlich begreifen, daß nur in und mit Deutschland für unser Sächsisches Land eine bessere Zukunft gedeihen kann.

Mit Vertrauen erwarten wir, daß Sie der Stimme Deutschlands und Ihres Gewissens folgen werden, und daß Sie kein Mittel werden unversucht lassen zur Rettung Sachsens und Deutschlands. Eingedenk, daß Sie ein Deutscher, zuerst und vor Allem ein Deutscher sind, werden Sie, wir zweifeln nicht daran, in dieser großen Erfüllungswoche das Heil des ganzen Deutschen Vaterlandes einzig und allein bedenken. Leipzig, den 23. Januar 1849. (Folgen die Unterschriften.)

Nürnberg, den 18. Januar. Alle Hauptstraßen sind belebt, überall flattert die Deutsche Fahne, Freudenschüsse erdröhnen von allen Seiten. Es gilt der Feier der Einführung der Grundrechte des Deutschen Volkes, die mit dem heutigen Tage unser Eigenthum geworden sind. Mögen sie damit auch zugleich ins Bewußtsein des Volkes übergehen. Ein eigens gebildetes Comitee hatte die Ordnung der hier stattfindenden Festlichkeit übernommen. Es findet diesen Morgen ein großer Zug der verschiedenen Vereine und Innungen mit ihren Fahnen und Emblemen statt, im Katharinensaale werden der Wichtigkeit des Tages anpassende Ansprachen gehalten, eine allgemeine Versammlung ist für Nachmittag angesagt und Abend vereinigt sich Alles zu einem Fackelzuge. — In der gestrigen Versammlung des constitutionellen Vereins wurde die Anerkennung der Feier wegen Einführung der Grundrechte einstimmig ausgesprochen. Zugleich glaubt der Verein im Interesse der Sache am zweckdienlichsten zu verfahren, wenn in einer heute abgefaßten Adresse dem Landtage die schleunigste Durchführung der Grundrechte wiederholt zur Pflicht gemacht wird. — Dem Vernehmen nach wird die erste öffentliche Sitzung beim Stadtgerichte am 3. Februar stattfinden.

Wiesbaden, 19. Januar. Aus sicherer Quelle vernehmen wir soeben, daß die Leiche des im vorigen Jahre verstorbenen Generals Frhrn. v. Kruse nächtlicher Weise aus der Gruft einer zu den Besitzungen der hinterlassenen Wittwe gehörenden Kapelle bei Kamberg entfernt und in einem angrenzenden Walde, aller werthvollen Gegenstände, als Orden, Epauletts, Degen ꝛc. beraubt, zurückgelassen worden ist. Also war dem wackeren Helden und Menschenfreunde nicht einmal im Grabe Ruhe vergönnt. (N. A. Z.)

Gießen, den 19. Januar. Gestern fand eine eben so erfreuliche, als großartige Feier, die der Publikation der Grundrechte des Deutschen Volkes statt, eben so bedeutsam durch ihren Gegenstand an und für sich, als durch die Hoffnungen, die sich daran knüpfen

Ulm, den 18. Januar. Heute Nacht um 10 Uhr wurde der, von den Schiffvorfällen her bekannte, Oberst-Lieut. v. Minkwitz in einer Kutsche, zwei Stunden später die an der Metzelei direkt betheiligten Soldaten und Unteroffiziere des 3. Reiterregiments in Bagagewägen von Trainsoldaten von hier weggeführt und bis vor die Stadt von 50 Mann Infanterie begleitet. Die Urtheile lauten von 6 Monaten bis zu 3 Jahre Arbeitshaus. Wie man hört, so hat v. Minkwitz 8 Monate Festungsstrafe bekommen, der Soldat Lochmüller, der Mörder des jungen Haag, kommt 6 Jahre unter die Gallioten, die übrigen sollen zum größten Theil zu Festungsstrafen unter einem Jahre verurtheilt sein.

Sigmaringen, den 16 Januar. In der vergangenen Nacht fanden hier bedeutende Excesse des Militairs statt. – Man bereitet jetzt eifrig Petitionen für Fortdauer der Selbstständigkeit des Landes, und während ein Theil der Bevölkerung Preußen's Herrschaft nicht abgeneigt ist, zeigt sich in den Landestheilen, welche an das Württembergische Oberschwaben grenzen, Sympathien für das Haus Habsburg.

Wien, den 17. Jan. Die „Köln. Ztg." enthält nachstehende Beschreibung des Feldmarschalls Windischgrätz: Er ist nicht groß, aber die militairische Haltung der, trotz der vorgerückten Jahre, auffallend elegant gebliebenen Gestalt läßt ihn größer scheinen, als er wirklich ist. Dünnes graues Haar legt sich schlicht um die Stirn, auf der entschlossene Thatkraft ihren Thron aufgeschlagen hat. Die etwas tief liegenden Augen blicken kalt und stolz, die kühne und scharf vorspringende Nase vermehrt den gebieterischen Eindruck des Gesichts, um die schmalen Lippen schwebt ein harter Zug, der eben sowohl auf Strenge, wie auf ein schweigend ertragenes Weh deuten kann. Man mag sich von dieser Erscheinung angezogen oder abgestoßen fühlen; vergessen wird sie Keiner, der sie einmal sah. Es ist eine von unumstößlichen Ueberzeugungen erfüllte Seele, die uns in dieser Gestalt verkörpert entgegentritt.

Als Gegenstück möge hier die Schilderung stehen, die der „Oesterreichische Lloyd" von Kossuth gab: „Kossuth mag an die vierzig Jahre zählen; er hatte in der Jugend einnehmende Gesichtszüge, jetzt ist er durch unausgesetzte Aufregung gealtert, sein Gesicht ist eine Ruine, nur das Auge blickt unheimlich; die Gestalt schmächtig, die Stimme stark und wohltönend. In ruhiger Berathung, unter Wenigen, wo Verstand und Wissen entscheidet, ist er unbedeutend; seine Beredtsamkeit wird aber groß, wenn er Massen vor sich hat; dann regt er die Leidenschaft auf, furchtbar wie der Orkan das Meer aufpeitscht. Er ist der größte lebende Volksredner. Sein positives Wissen ist gering. Wenn er Wissenschaft, wenn er Talent braucht, läßt er sich von seinen Anhängern Ausarbeitungen liefern, die er dann benützt. Er hat die Fehler des magyarischen Charakters in höchster Potenz: ungeregelte Phantasie und Selbstüberschätzung. Sein Talent ist zerstörend, niederreißen kann er wie Niemand, besser etwas gründen als er kann Jeder. Er ist ein politisches Erdbeben. Er hält sich für den ersten Finanzmann der Welt, versteht aber von Finanzen gar nichts."

Wien, den 20. Jan. Auf eine Adresse der sogenannten Deutsch-Katholiken-Gemeinde, welche diese in Betreff ihrer Constituirung an den Gemeinde-Rath gerichtet hatte, und dieser dem Ministerium zur Einsicht vorlegte, hat Letzteres eine eines Ministeriums Metternich würdige Antwort gegeben. Es wurde ihnen nämlich das, von dem Minister Metternich im Jahre 1846 in Betreff der Deutsch-Katholiken ertheilte Regierungs-Dekret, nach welchem sie verbannt und mit Criminalstrafen bedroht werden, als Antwort ertheilt! (Schuselka steht unter den Führern der Deutsch-Katholischen oben an.) Wohl mag es für den Minister des Auswärtigen seine triftigen Gründe haben, in einem Moment, wo er im Begriff ist, wiederum die engsten Verbindungen mit dem heiligen Vater anzuknüpfen, den Deutsch-Katholiken, deren Begründung in Oesterreich dem heiligen Stuhl stets der größte Dorn im Auge war, vor der Hand keine Concession zu gewähren. Allein eine Sistirung der Antwort hätte gewiß eine bessere Wirkung erzeugt. — Nach Berichten aus Pesth vom 17. d., hatte der Ban von Croatien diese Hauptstadt verlassen und sich zu seinem Armee-Corps begeben.

Wien, den 21. Januar. Eben eintreffende Briefe aus Pesth melden, daß die Festung Essegg an der Militairgrenze den K. K. Truppen übergeben worden sei. Kossuth hatte sich in Folge der bedenklichen Stimmung in Debreczin, von dort mit seiner Schaar nach Großwardein geflüchtet. — Glaubwürdigen Nachrichten zufolge sind unsere Truppen in die wichtige Bergstadt Chemnitz eingerückt. — Es verlautet, was freilich noch sehr der Bestätigung bedarf, daß 50,000 Russen in Siebenbürgen eingerückt sind, um die Bezwingung dieser Provinz, in welcher die Magyarenherrschaft momentan vorwiegend ist, herbeizuführen. — Hinsichtlich Szegedin's ist es gewiß, daß das 1. Armeecorps in dieser Richtung vorgerückt ist. — Der neue Türkische Botschafter, Musurus, ist vorgestern hier angekommen und wird sich nach einigen Tagen an das Hoflager des Kaisers begeben. — Aus Kremsier geht folgende Nachricht vom 19. Januar Abends ein: Gestern feierten die Ruthenen in der Mauritiuskirche solenn ihr Jahresfest und nahmen hierauf die Wasserweihe im Parke vor. Die Glocken läuteten dazu und die Nationalgarde rückte aus. — Strohbach ist unwohl, Doblhoff bereits abgereist. — Schmerling soll in Olmütz sein. — Man spricht wieder von der Octroyirung einer Charte und Einberufung des Gesammtreiches im Ober- und Unterhaus. — Das Wasser ist etwas gefallen, aber der Eisstoß noch nicht im Gange und daher noch vielfältige Besorgniß rege. — Nach Berichten aus Mailand vom 16. d. ist die Stimmung dort fortwährend eine beängstigende, welche noch erhöht wird durch die neuesten Nachrichten aus Piemont. Karl Albert ist von der Kriegspartei und seinem Ministerium überflügelt und man erwartet von dieser Seite jeden Tag einen abermaligen treulosen Angriff. Der Marschall Graf Radetzki hat indessen seine militairischen Dispositionen wie in den Märztagen für alle Fälle getroffen. Die Erkrankten und Blessirten in den Spitälern werden nach Verona gebracht, und alle Armeecorps sind in Bereitschaft.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 23. Jan. Nationalversammlung. Sitzung vom 22. Jan. Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Bänke und Gallerien sehr voll. Der Premierminister Odilon Barrot sieht etwas angegriffen aus. Er litt, heißt es, an der Cholerine, die hier grassirt. Nach Verlesung des Protokolls werden viele Petitionen für und gegen die Nationalversammlung überreicht. Dann geht es an die eigentliche Tagesordnung, nämlich an Fortsetzung der Maigefangenen-Debatte, welche die Bedeutung einer Kabinetsfrage anzunehmen scheint. Dupont (Bussac) beginnt den Kampf und bemerkt, daß die Retroaktivität bei Gesetzen richterlicher wie administrativer Natur nicht Platz greifen könne. Niemand dürfe seinem natürlichen Richter entzogen werden. Man könne Verbrechen, die im Mai begangen worden, nicht nach Gesetzen richten, die erst im Oktober oder Dezember gemacht worden. (Beifall zur Linken). Dupin habe zwar vorgestern gesagt, daß man das allerdings könne. Aber im Jahre 1820 habe dieser Rechtsprofessor eine Broschüre veröffentlicht, in der er geradezu das Gegentheil aufgestellt. Wer könne einem solchen Raisonnement Glauben schenken? Er schließt seine Rede mit dem Antrage, die Maigefangenen vor ihren natürlichen Richter zu stellen. Rouher, der ihm folgt, bemerkt, Attentate gegen das Staatsoberhaupt (Oh, Oh!) seien stets von der Pairskammer gerichtet worden. Dieselbe habe im Mai nicht bestanden, also gehörten die Angeklagten vor den hohen Gerichtshof. In gerichtlichen Dingen sei die rückwirkende Kraft ein Fortschritt. (Heftiger Widerspruch vom Berge). Cremieux spricht gegen den ministeriellen Gesetzentwurf. In Gerichtsdingen müsse unbedingte Gleichheit herrschen. Die Institution eines Pairs-Gerichtshofes sei eine Usurpation gewesen, die durch Errichtung eines hohen National-Gerichtshofs nicht verderbt werden dürfe. Dieser National-Gerichtshof sei nur für Verbrechen des Präsidenten und der Minister geschaffen. (Ah! Ah!) Seine Anwendung auf die Maigefangenen sei ein Verbrechen. (Stimmen: Zum Schluß!) Odilon Barrot: „Ich habe die Opposition vorhergesehen, die man unserem Gesetzentwurfe entgegenstellen würde. Aber die Gesellschaft verlangt diese Garantie. Dem Rechte der Vertheidigung ist die weiteste Schranke gezogen. Keine Assisen böten eine solche Garantie. Der hohe Gerichtshof repräsentirt die Gesellschaft selbst." „Es bleibt Ihnen," schließt Barrot, „eine große Pflicht zu erfüllen übrig; wir hoffen, daß Sie sie erfüllen werden." (Beifall zur Rechten.) Viel Aufregung im Saale. Lebhafte Gruppen bilden sich. Marrast nach einer Pause: Der Minister des Auswärtigen verlangt das Wort zu einer Mittheilung der Regierung. (Aufmerksamkeit.) Drouyn de Lhuys, Minister des Auswärtigen, besteigt die Tribüne: „Ich überreiche Ihnen," sagte er, „einen Vertrag, welchen die diesseitige Regierung mit der Regierung von Baiern rücksichtlich der Anlage einer Eisenbahn von Straßburg nach Rheinbaiern abgeschlossen hat." (So, so! Zeichen getäuschter Erwartung). Die Maidebatte wird wieder aufgenommen. Jules Favre erhebt sich gegen den Gesetz-Entwurf. Er bestreitet der Regierung das Recht, die Angeklagten vor einen außerordentlichen Gerichtshof zu stellen, und geht in lange, höchst spezielle juridische Deductionen ein; er erinnert an das Erschießen Ney's und die Attentats-Prozesse vor dem Pairshofe. Aber die Versammlung unterbricht ihn häufig mit dem Rufe: „Zur Abstimmung!" Die Versammlung entscheidet mit 466 gegen 288 Stimmen, daß die Maigefangenen, dem ersten Artikel des Entwurfs gemäß, vor den hohen National-Gerichtshof zu stellen sind. Die Sitzung wird um 6½ Uhr geschlossen. Odilon Barrot verspricht binnen 40, statt in 30 Tagen den National-Gerichtshof zusammenzurufen.

Italien.

Genua, den 17. Januar. Hier fanden Unruhen statt. Die Bürgerwehr schritt zu deren Dämpfung ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. — Man will hier wissen, daß Karl Albert, der König von Sardinien, auf Verrath sinne und zum Schein rüste, da er mit Metternich sich versöhnt haben und jetzt ein Werkzeug der Ollmützer Camarilla sein soll.

Wochen-Bericht.

In der letzten Entwickelung der Deutschen Angelegenheiten ist abermals durch die in Frankfurt erfolgte Annahme des Ausschußantrages, wonach die Reichsgewalt einem Deutschen Fürsten übertragen werden soll, ein bedeutsamer Schritt geschehen. — Unaufhaltsam wird so der mächtige Bau der Deutschen Einheit gefördert und wenn, wie zu hoffen ist, an die Spitze des Bundesstaats ein erblicher Fürst gesetzt wird, so ist der Hauptsache nach das Ziel der Frankfurter Versammlung als erreicht anzusehen, denn daß dann Preußen an die Spitze gestellt wird, kann keinem Zweifel mehr unterliegen. — Diese Hoffnung darf man ungeachtet der in der letzten Reichstagssitzung erfolgten Abstimmung, bei welcher das erbliche Kaiserthum verworfen und ein Beschluß überhaupt gar nicht zu Stande gebracht wurde, doch noch nicht aufgeben, da eine zweite Lesung bevorsteht und mit ihr eine günstigere Wendung zu erwarten ist. Die Stimme der ganzen Nation ist inzwischen immer mehr für Preußen laut geworden und dem Willensausdrucke ihrer Völker haben sich noch mehrere Deutsche Fürsten angeschlossen; so namentlich der Herzog von Braunschweig. Einem Preußischen Kaiserthume günstig, haben sich noch Volksvereine in Hildburghausen, Tübingen, Stuttgart, Offenbach u. a. ausgesprochen. Wenn der Augsburger konstitutionelle Verein den Kaiser von Oesterreich zum erblichen Reichsoberhaupte haben will, so ist das eben eine echt Baierische, aber keine Deutsche Idee. Aus Hamburg, Braunschweig, Mecklenburg, Nassau, Würtemberg wird gleichzeitig noch die Proklamation der Grundrechte berichtet. Hannover hat erklärt, damit bis zur Beendigung des Deutschen Verfassungswerkes warten zu wollen, und deutlich ausgesprochen, daß das Herumreiten auf dem Vereinbarungsprinzipe entschieden in seinen Absichten liegt.

Ueber die eigentliche Stimmung in Baiern werden die nunmehr bereits zusammengetretenen Kammern recht bald klare Auskunft geben. In den Thüringischen Herzogthümern ist augenblicklich von einem Ländertausche zwischen Meiningen und Koburg weit mehr die Rede, als von der Errichtung eines Thüringischen Gesammtstaates oder gar von der Mediatisirung.

Zu der kläglichsten Rolle in der Geschichte der Gegenwart schickt sich jetzt von allen Deutschen Staaten das Königreich Sachsen an. Die Nachricht, daß der König von Sachsen sich ebenfalls für ein Preußisches Kaiserthum auspesgrochen habe, war erfunden; sie ist mittelbar Anlaß zu einer traurigen Manifestation im entgegengesetzten Sinne geworden. Die Regierung, nur mühsam ihm noch immer wache kleinliche Eifersucht gegen Preußen verbergend, macht dort mit der republikanischen Partei gemeinsame Sache, um nur ja die Einheit Deutschlands nicht mit Beeinträchtigung der untergeordneten Sächsischen Sonderinteressen zu einer Wahrheit werden zu lassen. Schlimm genug, daß solche Gesinnungen im Volke keinen entschiedenen Widerstand finden. — Die Erklärungen des Ministers von der Pfordten und der Erfolg des Schaffrath-Tzschirmerschen Antrages in der Kammer beweisen das deutlich. —

Preußen hat durch die am 22. geschehenen Urwahlen neue bedeutsame Entscheidung über seine Zukunft getroffen. Dieselben scheinen mehr, als man erwartet hatte, demokratisch ausgefallen zu sein Sollte sich dies bestätigen, so würden wir den Anlaß dazu vornehmlich darin suchen, daß die Agitationen der reactionairen Partei, wie sie in jenen fabelhaften Berichten über die vermeintliche Berliner Verschwörung, sowie in den „Enthüllungen der Wahloperationen der Demokraten" hervortraten, alles Maaß überschritten. Einen nicht viel besseren Eindruck machten die Erlasse des Magdeburger Oberkonsistoriums, so wie der von der Liegnitzer Regierung in Schlesien verbreitete Aufsatz über die Verfassung. — Sollte sich das Gerücht vom Rücktritte des Ministeriums, an dessen Stelle ein Ministerium Camphausen treten sollte, bestätigen, so könnte ein derartiger Wechsel auf die Stimmung der Kammern nur den wohlthätigsten Einfluß haben. — Eine besondere Erwähnung verdient die Eröffnung der Handels- und der Gewerbekonferenz in Berlin, so wie die Publikation des Entwurfs einer neuen Gemeindeordnung.

In Oesterreich schreitet die Reichsversammlung in der Berathung der Grundrechte fort. Echt demokratischen Sinnes, hat sie den Adel abgeschafft und beschlossen, daß Ausländer künftig aus österreichischem Staatsdiensten auszuschließen seien. Hiergegen hat der Kriegsminister bereits protestirt und es wird nun wahrscheinlich der völlige Bruch des Ministeriums mit der Reichsversammlung eintreten.

Der Ungarische Krieg nähert sich offenbar immer mehr seinem völligen Ende. Zwar hatte Kossuth, nachdem Pesth, Ofen verloren gegangen, Debreczin zur neuen Hauptstadt Ungarns erklärt. Allein dem Vordringen der Oesterreicher war dadurch kein Ziel gesetzt. Das Armeecorps Jellachichs marschirt auf Debreczin und zugleich warfen die Oesterreicher unter Springesfeld Bem, der nach seinen vorübergehenden Erfolgen in Siebenbürgen sich nach Galizien wandte und in die Bukowina eindrang, über die Grenze zurück. Um jedes Vordringen über die Karpathen zu hindern, wurde in den südlichen Kreisen Galiziens der Landsturm organisirt und die Ruthenen errichteten ein Freicorps. — Ueberhaupt ist es klar geworden, daß die Magyaren in Galizien einzudringen streben; der unter Görgeg stehende Heerhaufe hat sich nordwärts von Pesth aus gewandt und ist von dem verfolgenden Wrbna aus Waitzen getrieben worden. Die Magyaren, warfen sich darauf nach

den nördlichen Bergstädten; doch wird jeder Insurrectionsversuch im Innern Galiziens durch die rücksichtslose Strenge des Belagerungszustandes unmöglich gemacht. Windischgrätz hat übrigens Kossuth so wie den ganzen Landesvertheidigungs-Ausschuß und die sogenannten Regierungskommissäre für vogelfrei erklärt und Mährische Blätter enthielten bereits die Steckbriefe gegen Kossuth, Pulsky und Tausenau, die man auf der Flucht nach Schlesien glaubte. Doch ist Kossuth bisher in Debreczin gewesen und beabsichtigt, trotzdem, daß in Ungarn sehr starker Schneefall alle Märsche erschwert, offenbar sich mit den Szeklern in Siebenbürgen zu vereinigen, die ihrerseits immer mehr nach Westen vordringen. Nach den neuesten Nachrichten wäre er bereits bis Großwardein gelangt. Mehrere der Ungarischen Adelshäupter (Bathyany, Deak, Sczazary) sind gefangen genommen; Sezazary soll von Windischgrätz bereits wieder auf freien Fuß gesetzt sein, wie dieser überhaupt sehr klug in der Wahl der Mittel verfährt, welche ihm unter den Ungarn selbst Anhang verschaffen können. — Im Süden hat sich eine Serbische Armee mit den Oesterreichern im Banat verbunden. — An wirkliche Erfolge der Magyaren scheint demnach gar nicht mehr gedacht werden zu können; doch liegt die wirkliche Beruhigung des Landes noch in weiter Ferne. Die Ungarischen Truppenhaufen lösen sich immer mehr in Räuberbanden auf und das Oesterreichische Militair wird bereits zum Theil zur Bewachung der Straßen verwandt.

Wie innig übrigens die Schicksale des ganzen Oesterreichischen Staates mit denen seiner einzelnen Glieder verwachsen sind, haben die regelmäßig wiederkehrenden Rückschläge der Ereignisse in Ungarn auf die Lombarden gezeigt; hier scheinen fortwährend Agitatoren in Diensten Kossuths zu arbeiten. Die Einnahme von Pesth konnte natürlich nur sehr niederschlagend wirken. Wie wenig aber Oesterreich geneigt ist, von seinen Ansprüchen auf Italien auch nur das Mindeste nachzugeben, zeigt die durch Montecuculi geschehene Einberufung der Lombardisch-Venetianischen Deputirten nach Wien. Die Italiener werden in jeder Beziehung niedergehalten; in Mailand zwingt man sie sogar ins Theater zu gehen, um sie von politischen Gedanken abzulenken.

Bei den Italienischen Freiheitsbestrebungen sei man überhaupt wohl vorsichtig, ihnen ohne Weiteres die volle Sympathie zuzuwenden. Die Römer namentlich bewegen sich nur noch im Extrem; fast Alles, was in Rom vorgeht, ist Carrikatur. Der Papst hat nun von Gaeta aus eine Bannbulle gegen die augenblicklichen Usurpatoren der Regierungsgewalt geschleudert: der nächste Erfolg ist nur eine durchaus höhnische Stimmung der Bevölkerung.

Mit dem Exkommunikationsdekret wird der tollste Spott getrieben; die Priester, welche es zu verlesen wagen, werden verfolgt, ihr Leben ist bedroht u. s. f. Ob bei einer solchen Lage der Dinge noch auf eine Reaktion in Rom selbst zu rechnen ist, oder ob das Ende der Wirren durch die bewaffnete Intervention der Neapolitaner, Oesterreicher und Franzosen herbeigeführt werden wird, darüber muß die nächste Zukunft entscheiden. — Während nun im Kirchenstaate durch allerhand Agitationen, Steueraufhebungen u. s. f. für möglichst radikale Wahlen zur Constituante gesorgt wird, muß es sich Seine Heiligkeit in Gaeta wohlgefallen lassen; wenigstens macht ihm dort der König von Neapel nach Kräften den Hof. Diesem hat die innige Freundschaft mit dem Russischen Czaren neuen Muth gegeben; dem Anscheine nach wird General Antonini nächstens eine Expedition gegen Sicilien eröffnen. Doch ist bisher noch nicht einmal in Calabrien die Königliche Auctorität wieder hergestellt.

Die Französische Nationalversammlung hat indeß zu dem Präsidenten der Republik in der Person des Vicepräsidenten Boulay de la Meurthe noch eine zweite Null hinzugefügt. Ein gutes Einvernehmen dieses Mannes mit L. Napoleon scheint für seine Wahl entschieden zu haben. Der Letztere ist sich bisher immer gleich geblieben: er besucht öffentliche Anstalten, läßt sich am Ausgange von versammelten Volkshaufen Hochs ausbringen und nimmt Bittgesuche in Empfang, deren Zahl bereits auf 110,000 gestiegen ist. Die Freude dieser edlen Beschäftigungen wird die von Rußland ihm verweigerte Anerkennung wenig stören. — Indessen wird in den Französischen Häfen nach Kräften gerüstet. — Für die nächste Folge versprechen die Prozesse gegen die Junigefangenen Interesse zu gewähren: eine Amnestie weist Odilon Barrot fortwährend entschieden zurück.

Aus Spanien sind die nächtlichen Avanturen Ihrer Königlichen Majestät nebst einer sich daran knüpfenden Coalition zwischen Ihrem Herrn Gemahl, Ihrer edlen Mutter Christine und Narvaenz das einzige Erwähnenswerthe.

Auch in England wird erst die nahe bevorstehende Eröffnung der Kammern ein politisches Interesse gewähren.

Locales.

Posen, den 26. Januar. Der heutige Wasserstand ist unverändert, wie gestern 6 Fuß weniger 1 Zoll.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

(Eingesandt.) Die Gesinnungen eines Mannes sind durchaus nicht als „reaktionair" zu bezeichnen, wenn derselbe sich anmaßt, ungezogene Jungen aus der Nähe des Wahlaktes zu verweisen! —

W.

Markt-Bericht.

Berlin, den 26. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26—27 Rthlr., p. Frühj. 82pfünd. $27\frac{1}{2}$ à 27 Rthlr. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $15\frac{1}{4}$ Rtlr. Br. Rüböl loco $12\frac{5}{8}$ Rtlr. Br. u. bez., p. diesen Monat dto., Jan./Febr. $12\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., Februar/März $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., März/April $12\frac{5}{12}$ à $12\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., April/Mai $12\frac{1}{4}$ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{5}{6}$ Rthlr. bez., p. Januar 15 Rthlr. Br., p. Februar $15\frac{1}{4}$ Rtlr. Br., p. März $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., p. Frühjahr $15\frac{7}{8}$ Rtlr. Br., $15\frac{3}{4}$ verk. u. G.

Berliner Börse.

Den 26. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{5}{8}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{7}{8}$	$79\frac{3}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	$97\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{3}{4}$	$83\frac{1}{4}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{1}{2}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{5}{8}$	$81\frac{1}{8}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{3}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	92	—
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	$90\frac{1}{4}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$78\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	4	$87\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	$60\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	93
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	60	$59\frac{1}{2}$
" " Prior. A. B.	4	$82\frac{1}{2}$	—
" " "	5	—	$94\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	89	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	79
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	4	—	$86\frac{3}{4}$
" "	5	—	$98\frac{1}{4}$
" " III. Serie	5	$94\frac{1}{3}$	$94\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{4}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{4}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$50\frac{1}{2}$	50
Stargard-Posener	4	$70\frac{1}{2}$	70

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.